

Aus der Krise hilft nur mehr statt weniger Europa

*Wissenschaftler und Politiker
für EU-Wirtschaftsregierung
Von Gernot Stegert*

HEILBRONN Griechenland, Irland und Portugal stecken tief in der Schuldenfalle – und damit der Euro und die ganze europäische Gemeinschaft im Schlamassel. Doch heraus hilft nur eine verstärkte Zusammenarbeit. Darin waren sich die Beteiligten einer Podiumsdiskussion der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Europa Zentrums Baden-Württemberg im Heilbronner Haus des Handwerks jetzt einig.

„Leider gibt es derzeit nur negative Schlagzeilen von Europa“, bedauerte Siegfried Lambert, Ressortleiter Politik/Wirtschaft der *Heilbronner Stimme* und Moderator des Abends. Viele der 60 Zuhörer nickten. Es sind harte Zeiten für Europafreunde. Nationale Populisten und Euro-Skeptiker haben Oberwasser. Doch: Alle sitzen im selben Boot. Der Osnabrücker Politik- und Wirtschaftswissenschaftler Klaus Busch

belegte das mit vielen Zahlen. Deutschland beispielsweise profitiere durch Exporte am meisten von der Euro-Zone. Die Bundesrepublik sei keineswegs nur Zahlmeister. **Vorschläge** Für den Europa-Experten ist die Lage sehr ernst, aber nicht hoffnungslos. Vier Forderungen erhob Busch. Die EU müsse den Schuldnern zu mehr Wirtschaftswachstum verhelfen. Denn nur so könnten Staaten ihre Schulden zurückzahlen.

„Eine überharte Sparpolitik ist kontraproduktiv.“ Den Griechen brächen mehr Einnahmen bei der Binnennachfrage weg als sie Ausgaben kürzen könnten. Unverzichtbar sei auch eine gemeinsame Wirtschaftsregierung und ein Angleichen der Lohn- und Sozialpolitik. Schließlich müsse die Schuldenfinanzierung umgestellt werden.

Busch warnte vor der Rückkehr zur Drachme oder dem sogenannten Haircut, dem Teilerlassen von Schulden. Ein Dominoeffekt für andere Euro-Länder drohe.

Appell Analyse und Forderungen des gewerkschaftsnahen Professors teilte der der Mannheimer Europa-

Abgeordnete Peter Simon als politischer Praktiker. Der Sozialdemokrat beschrieb die Versuche der EU, den Finanzmarkt zu regulieren, empörte sich über mit 1,2 Milliarden Euro zu niedrige Bankenabgabe in Deutschland („Das ist gaga“) und appellierte: „Wir retten uns selbst, wenn wir Griechenland retten.“